

II-1706 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XII. Gesetzgebungsperiode



DER BUNDESMINISTER

FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

756 /A.B.  
ZU 827 /J.

Präs. am 18. Aug. 1971

Zl. 16.682-Präs.A/71

Wien, am 6. August 1971

Anfrage Nr. 827/J der Abgeordneten  
Pichler, Müller und Genossen;  
betr. Industriepolitische Aktivitäten  
des Bundesministeriums für Handel,  
Gewerbe und Industrie

An den  
Herrn Präsidenten des Nationalrates  
Dipl.Ing. Karl Waldbrunner  
W i e n

In Beantwortung der schriftlichen Anfrage Nr. 827/J, die die Abgeordneten Pichler, Müller und Genossen am 15. Juli 1971 an mich richteten, beehre ich mich, folgendes mitzuteilen:

1.) Begründung für Industriepolitik

In allen entwickelten Ländern entsteht ein großer Teil des Volkseinkommens im industriellen Bereich. Daher hat das Wachstum in diesem Bereich an sich schon besonderen Einfluß auf die Entwicklung der Gesamtwirtschaft. Außerdem besteht in der industriellen Güterproduktion die größte Möglichkeit zu Produktivitätsfortschritten durch technische Neuerungen. Um eine optimale Entwicklung der österreichischen Industrie zu unterstützen, hat das Handelsministerium der Aktivierung der Industriepolitik besonderes Augenmerk zugewandt.

2.) Lage der österreichischen Industrie

Auch in Österreich wurden im Jahr 1970 rund 30 % des Bruttonationalproduktes von Industrie und verarbeitendem Großgewerbe geschaffen, was einer Wertschöpfung von 113 Milliarden Schilling entsprach. Die Produktion der Industrie lag damit real um 8,7 %, die des Großgewerbes um 7,5 % über dem Stand des Jahres 1969.

DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

2

Damit erreichte Österreich nach Japan, Niederlande und Finnland das vierthöchste Wachstum der Industrieproduktion im gesamten OECD-Bereich.

Wenn sich auch im laufenden Jahr eine Differenzierung der Konjunktur nach Branchen abzeichnet, lag im Durchschnitt die Industrieproduktion in den ersten fünf Monaten um 7 % über dem Vorjahresstand.

Diese Wachstumsraten waren nur dadurch möglich, daß die Industriekapazität in einem Ausmaß genützt wurde, wie es seit 1955 noch nie der Fall war.

Dabei stieg auch die Produktivität (Produktion je Arbeitsstunde), und zwar um 8 %. Für das laufende Jahr wird mit einer weiteren Steigerung um 5 % gerechnet. Diese Produktivitätserhöhung und die für die Konjunkturlage relativ mäßigen Lohn- und Gehaltserhöhungen bewirkten, daß die Arbeitskosten je Produktionseinheit in der Industrie zwischen 1968 und 1970 stabil blieben.

Die starke Kapazitätsausnützung regte die Investitionen stark an, die günstige Ertragslage erleichterte deren Finanzierung. Nach jahrelanger Stagnation stiegen die Industrieinvestitionen zu laufenden Preisen von 10,5 Mrd. S im Jahre 1968 um 21 % auf 12,7 Mrd. S im Jahr 1969 und sodann sogar um 30 % auf 16,5 Mrd. S im Jahre 1970. Nach dem Konjunkturtest des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung ist für das laufende Jahr von diesem hohen Niveau aus noch mit einer weiteren Steigerung um 10 % zu rechnen, so daß heuer rund 18 Mrd. S in der Industrie investiert werden dürften.

### 3.) Industriepolitische Maßnahmen

Die derzeit durchaus zufriedenstellende Entwicklung der österreichischen Industrie darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß noch Strukturschwächen bestehen. Deshalb war das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie - wie auch die anderen mit Industriefragen befaßten Ressorts - bestrebt, durch strukturwirksame Maßnahmen die Voraussetzungen für ein weiteres zufriedenstellendes Wachstum zu sichern. Darüber hinaus war man bemüht, das industriepolitische Instrumentarium derart zu verbessern, daß es in kritischen Konjunktur-

DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

3

phasen wirksam eingesetzt werden kann.

In der Folge werden wohl - in direkter Beantwortung der Anfrage - in erster Linie die Maßnahmen des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie angeführt.

Daneben wird jedoch auch - um ein Gesamtbild zu vermitteln - auf industriepolitische Leistungen anderer Ressorts verwiesen.

a) Organisatorische Voraussetzungen

Zur Aktivierung der Industriepolitik mußten im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie die Voraussetzungen geschaffen werden.

Schaffung von Branchenreferaten

Da es als zweckdienlich erachtet wurde, in der Industriepolitik von der globalen auf eine die sektoralen bzw. branchenweisen Besonderheiten stärker berücksichtigende Betrachtungsweise überzugehen, wurden im Rahmen der Industriesektion Branchenreferate geschaffen. Diese weisen eine Aufgliederung nach 11 Produktionszweigen auf.

Den Branchenreferaten wurde die Aufgabe gestellt:

- + die besonderen Probleme der Branchen und ihrer Unternehmen mit Empfehlungen zu deren Lösung den zuständigen Verwaltungsstellen zur Kenntnis zu bringen,
- + an der Erstellung industriepolitischer Konzepte mitzuarbeiten und
- + Anliegen von Firmen, die an das Bundesministerium herangetragen werden, zu prüfen und die Firmen zu beraten.

b) Eigentliche Maßnahmen der Industriepolitik

Nach Schaffung der organisatorischen Voraussetzungen konnte daran gegangen werden, die einschlägigen Empfehlungen des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen, die sich insbesondere auf eine Verbesserung der Information des ho. Ressorts über die Lage der Industrie und auf eine Koordination der verschiedenen staatlichen Tätigkeiten auf dem Sektor der Industriepolitik bezogen, zu verwirklichen.

aa) Bestandaufnahme über die Struktur der österreichischen IndustrieBranchenstruktur der Industrie

Ausreichende Informationen über die Lage der Industrie sind die primäre Voraussetzung für eine aktive Industriepolitik.

Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie hat daher noch im Vorjahr den Auftrag erteilt, für sämtliche Industriebranchen ein System von je ca. 40 Kennzahlen, die sogenannten "Branchenindikatoren" (Struktur- und Entwicklungsdaten der einzelnen Branchen wie z.B. Produktion, Produktivität, Investitionen, Arbeitskräfteeinsatz, Forschungsintensität und Auslandsabhängigkeit im Absatz) zu erarbeiten, das

- + über Struktur und Entwicklung der Branchen informiert,
- + auf kritische Phasen in den Branchenkonzunkturen aufmerksam macht und
- + als Grundlage für mittelfristige Wachstumsüberlegungen verwendet werden kann.

Um dieser Zielsetzung gerecht zu werden, wurden sowohl vorhandene statistische Unterlagen zweckentsprechend ausgewertet als auch bisher nicht verfügbare Kennzahlen errechnet. Zur Verbesserung der Übersichtlichkeit werden die Ergebnisse in einem "Allgemeinen Teil" und 20 "Branchenmappen" dargestellt. Durch diese Form der Aufteilung wird für jede Branche eine unabhängig verwendbare Arbeitsunterlage geschaffen, die außerdem durch die in Zukunft laufend zu erhebenden Daten leicht ergänzt werden kann.

Der "Allgemeine Teil" wurde jetzt vom Institut für Wirtschaftsforschung fertiggestellt und wird vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie interessierten Stellen zur Verfügung gestellt. Dieser "Allgemeine Teil" enthält in tabellarischer Form für alle Branchen jene Struktur- und Entwicklungsdaten,

die eine rasche Orientierung über die Stellung einer Branche in der gesamten Industrie und im Vergleich zu anderen Branchen ermöglichen.

Nach Fertigstellung der Branchenmappen im Herbst dieses Jahres werden die "Branchenindikatoren" laufend auf dem letzten Stand gehalten werden. Damit wird ständig ein Überblick über Struktur und Entwicklung jeder einzelnen Branche gegeben sein. Es werden Mittel und Wege gesucht werden, diese wertvolle Unterlage allen interessierten Wirtschaftskreisen laufend zugänglich zu machen.

#### Betriebs- und Unternehmensstruktur der Industrie

Allenthalben zeigt sich, daß einzelne Branchen zwar gute Wachstumschancen hätten, aber eine ungünstige Betriebsstruktur verhindert, diese Chancen zu nützen. Umgekehrt gibt es auch in eher stagnierenden Branchen wachsende Betriebe. In Erkenntnis dieser Tatsachen werden, um einen profunden Einblick in technologische, betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Tatbestände einzelner Branchen (Textilindustrie, papiererzeugende Industrie, lederverarbeitende Industrie, Elektroindustrie) zu erhalten, Strukturuntersuchungen in Zusammenarbeit mit den Interessenvertretungen und wissenschaftlichen Institutionen vorgenommen.

Diese Strukturuntersuchungen sollen nämlich - wie auch die oben beschriebenen Branchenindikatoren - keineswegs als Basis für dirigistische Maßnahmen dienen. Sie werden u.a. als Serviceleistung für die Wirtschaft zu dem Zweck geschaffen, den betroffenen Unternehmungen durch objektive Darstellung der Situation ihrer Branche und ihrer Stellung innerhalb ihrer Branche eine bessere Grundlage für ihre Entscheidungen an die Hand zu geben.

Ähnliche Untersuchungen werden auch über den österreichischen Kohlenbergbau und die Zellstoffversorgung der österreichischen Papierindustrie angestellt.

Eigenständigkeit der österreichischen Industrie

In den letzten Jahren wurde wiederholt seitens der Wirtschaft festgestellt, daß österreichische Industriebetriebe, denen man auf Grund ihrer Branchenzugehörigkeit und Produktionsstruktur sowie auf Grund der Entwicklung in der Vergangenheit gute Wachstumschancen einräumte, entweder an ausländische Unternehmen verkauft wurden oder unter ausländische Kontrolle gerieten.

Geht man davon aus, daß auch die Erhaltung einer möglichst weitgehenden Eigenständigkeit der Industrie ein wichtiges industriepolitisches (und gesellschaftspolitisches) Anliegen ist, so muß eine solche Entwicklung bedenklich stimmen.

Dem Institut für Wirtschaftsforschung wurde daher der Auftrag erteilt, den Umfang und die Gründe für diesen Besitzwechsel in einer Studie festzustellen, die auch klarstellen soll, warum sehr oft an Ausländer verkauft wird. Es ist daran gedacht, das Ergebnis hierauf Experten u.a. der Sozialpartner zur Prüfung von Vorschlägen für wirtschaftspolitische Maßnahmen zu übergeben.

Außenverflechtung

Die Kleinheit des österreichischen Marktes bedingt, daß optimale Betriebsgrößen vielfach nur durch Exporte erreicht werden können. Um eine Leitlinie für die Außenhandelspolitik zu schaffen, die auch den industriepolitischen Zielvorstellungen des Ressorts entspricht, wurde beim Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung eine Studie über "Die Bedeutung des Exports für das Wachstum der österreichischen Wirtschaft" in Auftrag gegeben. Die Disposition wurde mit anderen Ressorts und den Interessenvertretungen erarbeitet. Die Studie, deren erster Entwurf bereits vorliegt, wird Hinweise darüber liefern, welcher Umfang und welche Struktur des österreichischen Exports vom Standpunkt des Wirtschaftswachstums wünschenswert wären.

bb) Bestandaufnahme über andere Probleme der Industrie  
Arbeitskräftepotential

Im Jahresdurchschnitt 1970 waren 2,389.200 unselbständig Erwerbstätige beschäftigt, um 31.500 oder 1,3 % mehr als 1969. Aus der Wanderungsbewegung gewann Österreich 6.500 Arbeitskräfte, da mehr Fremdarbeiter zusätzlich beschäftigt wurden, als heimische Arbeitskräfte abwanderten.

Im Jahr 1971 wird die Zahl der unselbständig Beschäftigten voraussichtlich um 2,1 % steigen, stärker als 1970. Es wird mit einem positiven Wanderungssaldo von etwa 30.000 Arbeitskräften gerechnet.

Die steigende Bedeutung ausländischer Arbeitskräfte führt zu der Notwendigkeit, den aus der Hereinnahme von Gastarbeitern sich ergebenden Problemen besonderes Augenmerk zu widmen. Daher findet eine in Ausarbeitung befindliche Studie über die Integration von Gastarbeitern auch die Unterstützung des Handelsministeriums.

Was die Abwanderung österreichischer Arbeitskräfte in den bayrischen Raum anlangt, wirkt das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie an den einschlägigen Untersuchungen des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen sowie der Österreichischen Raumordnungskonferenz mit

Umweltschutz

Zur Untersuchung der wirtschaftlichen Aspekte des Umweltschutzes wurde eine eigene Arbeitsgruppe eingesetzt, die u.a. einen Überblick über die der Wirtschaft auf Grund des Umweltschutzes zufallenden Gesamtkosten zu gewinnen haben wird.

cc) Maßnahmen zur Verbesserung der Struktur und zur WachstumsförderungZusammenarbeit und Ausbau des auf Bundesebene vorhandenen Instrumentariums zur Industriefinanzierung

Ein wesentlicher Schritt zur Koordination der österreichischen Industriepolitik wurde am 22.6.1971 getan.

Unter meinem Vorsitz fand eine Konferenz zur Koordination der Industriepolitik statt, an der neben anderen Ressorts und den Interessenverbänden folgende Institute teilnahmen:

Österr. Investitionskredit AG, EE-Fonds GmbH, Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft, ERP-Fonds, Bürges (Beirat nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz), Österr. Kommunalkredit AG und Arbeitsmarktförderung des Bundesministeriums für Soziale Verwaltung.

Die vertretenen Institutionen beschlossen als erste Maßnahme die Herausgabe einer Informationsbroschüre, in der erstmals alle für die Wirtschaft wesentlichen Angaben über die einzelnen Finanzierungseinrichtungen des Bundes für die Industrie zusammenfassend dargestellt werden. Weiters wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die Vorschläge zur Vereinheitlichung der Formulare und zur Intensivierung der Zusammenarbeit der Förderungseinrichtungen bei der Prüfung der Förderungswürdigkeit eingereichter Projekte prüfen wird.

Weitere Konferenzen mit den Förderungseinrichtungen und Interessenverbänden sollen in Zukunft regelmäßig stattfinden, um:

1. einen laufenden Erfahrungsaustausch zwischen den Einrichtungen zur Industrieförderung herbeizuführen,
2. ein Forum zu schaffen, in dem diese Stellen ihre Probleme industriepolitischen Art an das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie herantragen können und
3. diese Stellen laufend über die industriepolitischen Aktivitäten und Vorstellungen des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie zu informieren.

Die Konferenz am 22. Juni 1971 führte zu einer Bestandsaufnahme des industriepolitischen Instrumentariums, aber auch der Mängel, Lücken und Schwerfälligkeit der gegenwärtigen Investitionsförderung. Diese Kontakte werden



DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

9

in Hinkunft regelmäßig fortgesetzt werden und damit eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Industrieministerium und den Förderungseinrichtungen gewährleisten.

Besicherungslücke

Der Bund fördert u.a. die Kreditfinanzierung dadurch, daß er die Besicherung übernimmt. Der Bund unterhält hiezu zwei Einrichtungen: Bürges und Entwicklungs- und Erneuerungsfonds. Die Förderung durch diese Einrichtung erstreckt sich jedoch nur auf Kredite in bestimmten Wertgrenzen.

Nun sollen die auf Landesebene bestehenden Förderungseinrichtungen so ausgebaut werden, daß die bestehenden "Besicherungslücken" geschlossen werden. Der Bund ist zur Unterstützung dieses Vorhabens bereit und hat seinerseits Verhandlungen mit den Bundesländern aufgenommen.

Kapitalbeteiligungsgesellschaft

Die Schaffung einer Kapitalbeteiligungsgesellschaft ist eine alte Forderung der Experten der Interessenverbände. Sie soll den Unternehmen Ersparnisse als Finanzierungsmittel mit Unternehmerisiko zuführen. Zur Vorbereitung diesbezüglicher Entscheidungen hat das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie eine Studie ausarbeiten lassen, die die ausländischen Erfahrungen auswertet und die Einrichtung einer derartigen Institution auch in Österreich nahelegt. Vor kurzem fanden Besprechungen des Herrn Bundesministers für Finanzen mit Spitzenfunktionären der Kreditwirtschaft über die Gründung einer Kapitalbeteiligungsgesellschaft statt, die in Bälde fortgesetzt werden sollen.

Seitens des Bundesministeriums für Finanzen wurde eine Novelle zum EE-Fondsgesetz ausgearbeitet und zur Begutachtung ausgesandt, die erhebliche Verbesserungen vorsieht. So soll die Bürgschaftshilfe für Kredite auch dann gewährt werden, wenn damit ein Einzelunternehmen oder eine Beteiligung an einer inländischen Kapital- oder Personengesellschaft erworben wird. Vor allem soll künftig die Haftungsquote entweder 85 % der Kreditsumme einschließlich Zinsen und Kosten oder aber 100 % der Kreditsumme unter Ausschuß der Zinsen und Kosten umfassen.

DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

10

Der Entwurf eines Bundesgesetzes, mit welchem der Österr. Alpine Montagesellschaft für Investitionen ein Haftungsrahmen von 1,330 Mill. S (einschließlich Zinsen und Kosten) eingeräumt werden soll, befindet sich gleichfalls im Begutachtungsverfahren.

Gewerbestrukturverbesserungsgesetz

Zu verweisen ist ferner auf die Reorganisation der Vergabe von Förderungsmitteln im Rahmen des für kleinere und mittlere Industriebetriebe bedeutsamen Gewerbestrukturverbesserungsgesetzes durch Erlassung neuer Richtlinien; während bisher die Vergabe der Mittel lediglich auf die Sicherung und Erhaltung der Ertragsfähigkeit der zu fördernden Unternehmen abgestellt war, ist nunmehr eine schwerpunktmäßige Vergabe nach gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten gewährleistet.

ERP

Im ERP-Jahresprogramm 1970/71 wurde die Obergrenze für Kredite (10 Millionen S) fallen gelassen, um einen schwerpunktmäßigen Einsatz der Mittel zu erlauben. Das Jahresprogramm 1971/72 wurde verstärkt auf die Beseitigung von Strukturschwächen ausgerichtet.

Forschungsförderung

Die dem Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft zur Verfügung stehenden Mittel wurden erheblich erhöht. Ein Gesamtkonzept für die Forschungsförderung wurde ausgearbeitet (Österr. Forschungskonzeption). Eine Abstimmung zwischen Industrie- und Forschungspolitik wurde durch Einbeziehung der Branchenreferenten in die Arbeitsgruppen des Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft erreicht.

Verbreitung des technischen Wissens

Es genügt nicht, die heimische Forschung zu fördern, sondern es ist auch von größter Bedeutung, das bereits vorhandene technische Wissen der Wirtschaft auf breiter Basis

DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

11

zugänglich zu machen. Es werden daher Überlegungen angestellt, wie das im Patentamt gesammelte technische Wissen der österreichischen Wirtschaft besser nutzbar gemacht werden könnte. Ferner werden auch Überlegungen darüber angestellt, wie das geistige Potential, das in österreichischen Erfindungen steckt, besser als bisher der heimischen Wirtschaft nutzbar gemacht werden kann.

Arbeitsmarktpolitik

Im Jänner 1971 wurde vom Beirat für Arbeitsmarktpolitik ein vom Bundesministerium für Soziale Verwaltung ausgearbeitetes Konzept für die Gestaltung und den Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente gebilligt. Im Jahre 1971 werden rund 300 Mill. S für die Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung stehen. Der Einsatz wird daher 1971 gegenüber 1969 mehr als verdreifacht und gegenüber 1970 mehr als verdoppelt werden. Diese beträchtlichen Mittel werden dazu dienen, die räumliche und berufliche Mobilität der Arbeitskräfte zu steigern und zwar im Sinne einer optimalen Beschäftigung jedes einzelnen.

Management - Development

Da die Entwicklung zunehmend höhere Anforderungen an die Führungskräfte in der Wirtschaft stellt, ist das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie um Koordination und Ausbau der Einrichtungen für die Ausbildung und Weiterbildung des wirtschaftlichen Führungspersonals bemüht. Die Vorarbeiten für die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft aller mit der Weiterbildung von Führungskräften befaßten Institutionen - durch die eine engere Zusammenarbeit der Institutionen und eine Transparenz des Angebotes an Managementkursen hergestellt werden soll - sind sehr weit gediehen. In der Zwischenzeit werden im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie laufend Koordinationsbesprechungen

(Gesprächskreis "Management - Development") abgehalten. Außerdem gab das Ressort eine umfassende Erhebung über den Managementbedarf in Österreich in Auftrag.

Der nunmehr vorliegende "Bericht und Voranalyse über die 1. Teilstufe des Forschungsvorhabens zur Deckung des Managementbedarfes in Österreich" hatte die Erarbeitung von Einteilungskriterien für Führungskräfte sowie deren Eigenschaften aus der Literatur bzw. durch Expertengespräche zum Gegenstand. Im weiteren wurden durch Befragung von Schlüsselpersonen in Betrieben erste Anhaltspunkte über die Idealvorstellungen für Führungskräfteausstattung und die tatsächliche betriebliche Realität gewonnen, sowie die subjektiven Meinungen zur Managementausbildung festgestellt. Gleichzeitig wurden durch Expertengespräche Daten über die optimale Management-Ausstattung von Betrieben verschiedener Größe erarbeitet.

Mit der gegenständlichen Studie wurde somit in Entsprechung der Ergebnisse der Beratungen im Rahmen des "Gesprächskreises Management-Development" im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie einerseits eine Diskussionsgrundlage für die weitere Vorgangsweise des Ressorts auf dem Gebiete der Managementpolitik und andererseits ein Orientierungsbehelf für Ausbildungsinstitutionen und Unternehmungen geschaffen.

#### Werbung und Beratung ausländischer Investoren

Da nicht zu übersehen ist, daß von der Niederlassung ausländischer Betriebe auch Verbesserungen in der Betriebsstruktur erwartet werden können, wurde vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie eine Verbesserung der Werbung und Beratung ausländischer Investoren vorgenommen. Ein interministerielles Koordinationskomitee mit Sitz im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie wurde geschaffen, wodurch alle betroffenen Ministerien potentiellen ausländischen Investoren jetzt als Einheit gegenübertreten.

DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

13

Gleichzeitig wurde für eine Abstimmung mit der Werbetätigkeit der Bundesländer gesorgt.

Das interministerielle Komitee arbeitet derzeit an einem Konzept für eine Untersuchung über die Steuerlast für Unternehmer in Österreich und anderen westeuropäischen Industriestaaten. Insbesondere gilt es, in ausländischen Informationsbroschüren diesbezüglich publizierte Angaben zu überprüfen und unrichtigen Angaben entgegenzutreten.

Bei der Informationsstelle wurden bisher mit Stichtag 1.7.1971 212 ausländische potentielle Investoren beraten bzw. in Evidenz genommen. Rund die Hälfte davon stammen aus den USA, rund 1/3 aus der BRD. Der Rest entfällt auf andere mittel- und westeuropäische Länder, insbesondere die Schweiz, aber auch auf Kanada und Japan.

Aus dem Inland lagen zum genannten Stichtag 44 Beteiligungs- und 11 Kooperationsangebote vor. Darüber hinaus werden 160 Standortbieter aus allen Teilen Österreichs in der Standortkartei der Informationsstelle in Evidenz gehalten.

In der rund zweijährigen Tätigkeit der Informationsstelle wurden 12 Betriebsgründungen ausländischer Firmen in Österreich eingeleitet. Davon haben sich zwei in Wien, fünf in Niederösterreich, eine in der Steiermark, drei in Kärnten, und eine in Vorarlberg niedergelassen. Zwei dieser Firmen erzeugen Computerbestandteile und elektronische Meßinstrumente, wobei einerseits einige österreichische Kernphysiker aus dem Ausland zurückgewonnen werden konnten und andererseits hochqualifizierte österreichische Arbeits- und Führungskräfte Beschäftigung gefunden haben. Sechs weitere Firmen mit den Erzeugungsprogrammen feinmechanische und optische Instrumente, Werkzeugmaschinenbau, Oberflächenbearbeitungstechnik, Elektrogerätebau und Schleifmittel konnten in Gebieten angesiedelt werden, die wegen Schließung von Kohlengruben, Einschränkung der

Erdölförderung oder wegen anderer branchenstruktureller Schwächen besonders förderungswürdig sind. Weitere vier Firmen erzeugen chemische Produkte, Textilien und Feinbackwaren und konnten zum Teil ebenfalls in förderungswürdige Gebiete Österreich gelenkt werden.

#### Gewerbeordnung:

Hemmnisse, die von der veralteten Gewerbeordnung ausgehen, sollen in Kürze fallen. Der Entwurf einer neuen Gewerbeordnung wurde zur Begutachtung ausgesendet. Er geht von dem Grundsatz aus, daß nur solche Beschränkungen der Gewerbefreiheit beizubehalten sind, die das öffentliche Interesse erfordert.

Der neue Entwurf sieht ferner Maßnahmen zur Verbesserung des Wettbewerbs vor. Als solche Maßnahmen sind u.a. anzusehen: Bestimmungen über die Erweiterung des Berechtigungsumfanges der einzelnen Gewerbe, über die Erhöhung der beruflichen Mobilität im Wege der Erleichterung des Überganges in verwandte Gewerbe, über die Erweiterung des Selbstbedienungsrechtes, über die Schaffung der Möglichkeit zur Führung von Nebenbetrieben; Herabsetzung der Zahl der konzessionierten und handwerksmäßigen Gewerbe; Einschränkung der Bedarfsprüfung.

#### Novelle zum Strukturverbesserungsgesetz

Eine Novelle zum Strukturverbesserungsgesetz, die neben einer Verlängerung der Geltungsdauer bis Ende 1973 auch einige Verbesserungen vorsieht, wurde vom Bundesministerium für Finanzen dem Parlament vorgelegt und von diesem am 19.12.1970 beschlossen. Gleichzeitig wurden die steuerlichen Maßnahmen bei der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln bis zum selben Zeitpunkt in Kraft belassen.

#### Novelle zum Einkommensteuergesetz 1967

Am 13. Juli wurde mit Wirksamkeit vom 1.1.1972 vom Nationalrat eine Novelle zum Einkommensteuergesetz mit den Stimmen der Oppositionsparteien beschlossen.

Die Zustimmung des Bundesrates ist zum gegenwärtigen Augenblick allerdings noch ausständig. Die Novelle sieht u.a. eine Reihe von steuerlichen Maßnahmen der Investitionsförderung vor, die im Zusammenhang mit der Schillingaufwertung zwischen der Regierung und den Interessenverbänden ausgehandelt wurden und von allen drei Parteien befürwortet werden:

- a. Erhöhung der vorzeitigen Abschreibung für unbewegliche Wirtschaftsgüter von 20 auf 25% der Anschaffungs- oder Herstellungskosten.
- b. Erhöhung der vorzeitigen Abschreibung für Gebäude, soweit sie für Wohnzwecke betriebszugehöriger Arbeitnehmer bestimmt sind, auf 50% der Anschaffungs- oder Herstellungskosten.
- c. Möglichkeit der Inanspruchnahme eines Investitionsfreibetrages in der Höhe von 20% der Anschaffungs- oder Herstellungskosten der im Wirtschaftsjahr angeschafften oder hergestellten abnutzbaren Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens neben der nach § 7 EStG zulässigen gewöhnlichen Absetzung für Abnutzung. Das bedeutet, daß hier eine Abschreibung von 120% der Anschaffungs- oder Herstellungskosten möglich ist. Die Begünstigung geht wieder verloren, wenn die jeweiligen Wirtschaftsgüter vor Ablauf von 5 Jahren aus dem Betriebsvermögen wieder ausscheiden. Nicht möglich ist eine gleichzeitige Inanspruchnahme der vorzeitigen Abschreibung (§ 6c), der Investitionsrücklage (§ 6d) und des nichtentnommenen Gewinnes (§ 6e).

Darüber hinaus waren jedoch seitens der Opposition im Verlaufe der parlamentarischen Behandlung zusätzliche Abänderungsanträge zum Einkommenssteuergesetz gestellt worden und zwar betreffend Erhöhung des Karftfahrzeugpauschales und Valorisierung der Tages- und Nächtigungsgebühren bei Dienstreisen im Inland, die wegen der ins

Gewicht fallenden budgetären Belastung die Zustimmung der Regierungspartei nicht finden konnten. Der Steuerausfall auf Grund der Maßnahmen zur Investitionsförderung allein wurde bereits auf ca. 1 Milliarde (projeziert auf 1972) geschätzt.

dd) Aufbau einer regionalen Industriepolitik

Eine moderne Industriepolitik nimmt auf sektorale, strukturelle und regionale Gegebenheiten Bedacht. Was die sogenannte regionale Industriepolitik betrifft, d.i. die Steuerung der Industrialisierung nach regionalpolitischen Grundsätzen, muß erst ein Grundkonzept geschaffen werden.

Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie hat daher bei zwei namhaften Experten die Ausarbeitung von Grundsätzen für eine regionale Industriepolitik in Auftrag gegeben. Diese Vorschläge werden die im Ausland bereits gesammelten Erfahrungen mitverwerten.

ee) Orientierungshilfen

Neben den bereits angeführten Untersuchungen über die Struktur der österreichischen Industrie werden zwei weitere Maßnahmen wertvolle Orientierungshilfen für Industrie und öffentliche Verwaltung darstellen:



Mittelfristige Prognose

Der Herr Bundeskanzler erteilte am 5.10.1970 dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung den Auftrag, eine Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung bis 1974 zu erstellen. In der Vorschau sollen nicht nur die mittelfristige Entwicklung der Wirtschaft, sondern auch konjunkturbedingte Abweichungen, Strukturverschiebungen und Änderungen des Preisniveaus berücksichtigt werden.

Die Prognose liegt den zuständigen Stellen, sowie dem Beirat für Wirtschaft und Sozialfragen, der von der Regierung zur Stellungnahme eingeladen wurde, vor.

10.-jähriges Investitionsprogramm 1971 - 1980

Das Bundesministerium für Finanzen hat die Investitionsabsichten der Bundesregierung und der ihr unterstellten Institutionen in einem 10-jährigen Investitionsprogramm zusammengefaßt. Es ist so gestaltet, daß bereits für den Fall einer notwendigen Konjunkturstabilisierung Kürzungsmöglichkeiten und für den Fall einer notwendigen Konjunkturbelebung zusätzliche Investitionsvorhaben erfaßt wurden.

Für die Unternehmen, vor allem die privaten und verstaatlichten Unternehmen der Investitionsgüterindustrie, bietet das zehnjährige Investitionsprogramm einen wichtigen Orientierungsbehelf. Sie können Produktion und Investitionen rechtzeitig den öffentlichen Aufträgen anpassen. Das zehnjährige Investitionsprogramm wird die wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen für Regierung und Parlament erleichtern, indem die Wirkung dieser Entscheidung auf einen längerfristigen Zeitraum und auf das Wirtschaftswachstum deutlicher aufgezeigt

DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

18

werden. Außerdem ist es ein wichtiges Hilfsmittel für die Festlegung der Prioritäten der einzelnen Ausgabenkategorien. Es ermöglicht damit den rationelleren Einsatz der öffentlichen Mittel, indem sachliche, zeitliche und regionale Prioritäten der verschiedenen Investitionen festgelegt werden. Auch die Abstimmung des gesamten Investitionsbedarfes mit den gesamtwirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten wird dadurch erleichtert.

